



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 29.11.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Landesturnfest 2020

Vorl.Nr. 270/17

Beschluss:

1. Die Stadt Ludwigsburg bewirbt sich für das Landesturnfest 2020.
2. Das Landesturnfest wird mit einem Zuschuss an den Schwäbischen Turnerbund in Höhe von bis zu 300.000 € unterstützt.
3. Dem Fachbereich Sport und Gesundheit werden in den Jahren 2018-2020 zusätzliche Mittel für die projektorientierte Beschäftigung von Personal bis zu einer Höhe von insgesamt 70.000 € zur Verfügung gestellt.
4. Fremdkosten zur Nutzung von Gebäuden des Eigenbetrieb TELB werden bis zu einer Höhe von 30.000 € zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Traub
Stadtrat Köhle

Beratungsverlauf:

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) informiert zu diesem Thema und erläutert die Beschlussvorlage.

Nachdem kein weiterer Sachvortrag gewünscht wird, eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Stadtrat **Heer** merkt an, dass er sich der Stimme enthalten werde. Die Veranstaltung sei super, allerdings solle die Stadt hierfür nicht finanziell belastet werden.

Die Veranstaltung werde sich positiv auf die Stadt auswirken, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Beispielhaft spricht sie die daraus resultierenden Hotelübernachtungen an, es wolle nicht jeder Teilnehmer in Gemeinschaftsquartieren untergebracht werden.

Stadtrat **Weiss** zeigt sich erfreut über den jetzt reduzierten Zuschuss. Er werde der Vorlage zustimmen. Wichtig sei, dass die Vereine sich beteiligen.

Stadträtin **Seyfang** freut sich auf diese große Breitensportveranstaltung und darüber, dass der
Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 29.11.2017

Stadtverband und die Mitgliedervereine mitziehen.

Seinen Dank an alle Beteiligten spricht Stadtrat **von Stackelberg** aus. Nachdem die Zuschusskosten gesenkt worden seien, könne er diesem großen Event zustimmen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt BM **Ilk** über die Vorlage abstimmen.

Geänderte Beschlussempfehlung:

Der vorliegenden Geschäftsordnung des Jugendgemeinderats wird mit den Änderungsvorschlägen aus Anlage 1 zugestimmt.

Ausgenommen § 13; hier wird dem Jugendgemeinderat gefolgt. Dies gilt zunächst für 2 Jahre. Danach wird im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales über die Erfahrungen berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Empfehlungsbeschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** begrüßt herzlich die Vertreter aus dem Jugendgemeinderat Herr Tim Martens und Herr Vithusan Vijayakuma.

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) geht auf die Vorlage ein. Es gehe um die Geschäftsordnung des Jugendgemeinderates. Es solle der Aufbau des Jugendgemeinderates, die Sitzungskultur und Regelungen für die Gremienbildung festgehalten werden. Man wolle nicht in allen Bereichen zustimmen, insbesondere geht sie auf den § 13 ein.

Herr **Vijayakuma** erklärt zu § 13, dass man sich an die Lebenssituation der Jugendlichen halte. Man wolle engagierte Mitglieder, etwa durch ein Studium außerhalb von Ludwigsburg, nicht verlieren. Man wolle Erfahrungen sammeln. Es müssen Einzelfallentscheidungen getroffen werden. Ausschlaggebend sei, dass die Arbeit wahrgenommen werden könne.

Stadträtin **Seyfang** beglückwünscht die Jugendlichen zur Verankerung des Jugendgemeinderates. Heute gehe es um die Geschäftsordnung. Sie wolle dem Vorschlag der Verwaltung folgen, da dies analog dem Gemeinderat angesetzt sei.

Stadträtin **Wiedmann** lobt den großen Arbeitseinsatz. Sie favorisiere den Vorschlag des Jugendgemeinderates, fügt allerdings hinzu, dass ihre Fraktion diesbezüglich gespalten sei.

Stadträtin **Faulhaber** teilt mit, dass Ihre Fraktion mehrheitlich der Idee des Jugendgemeinderates folge. Erfahrungen müssen gesammelt werden. Der Jugendgemeinderat habe eine Amtsperiode von zwei Jahren. Man könne eine Art Experimentierklausel aufnehmen. Persönlich sei sie der Meinung, dass es durchaus sinnvoll sei, die Wohnzugehörigkeit in Ludwigsburg zu haben.

Stadträtin **Moersch** zeigt sich als Patin sehr beeindruckt von der professionellen, konzentrierten, engagierten Leistung. Sie habe die Diskussionen und Vorbesprechungen zur Geschäftsordnung miterlebt. Sie traue dem JGR den Umgang mit diesem Thema zu. Man müsse im Einzelfall abwägen und einen Entschluss treffen. Sie könne dem Vorschlag des JGR zustimmen. Für die großartige Begleitung dankt sie allen Beteiligten.

Stadtrat **Heer** werde der Verwaltungsvorlage zustimmen und wünscht dem JGR einen guten Start. Die Zweijahresfrist sei sinnvoll. Erfahrungen müssen gemacht werden. Er sieht die Geschäftsordnung analog des Gemeinderates.

Stadtrat **Kube** merkt an, dass die formalen Voraussetzungen und die individuelle Lebensrealität der jungen Leute abzuwägen seien. Man müsse Einzelfallentscheidungen treffen. Dies sei nicht immer eindeutig. Er stimme der Variante des JGR zu.

BM **Ilk** stellt fest, dass bisher kein Antrag gestellt worden sei.

Stadtrat **Meyer** will wissen, ob lediglich § 13 strittig sei.

BM **Ilk** merkt an, dass er eine Einigkeit von § 1-12 sehe.

Stadtrat **Kube** stellt den Antrag, dass § 13 in der Fassung des JGR aufgenommen werde.

Die Aufnahme einer Experimentierklausel sehe Stadtrat **von Stackelberg** als sinnvoll.

Stadtrat **Meyer** fügt hinzu, dass diese Klausel lediglich für die erste Legislaturperiode aufgenommen werde und danach neu darüber beraten.

Stadträtin **Moersch** merkt noch an, dass die gemeinsamen Sitzungen mit dem GR öfter vorgesehen werden sollen. Man solle mit dem JGR im Gespräch bleiben.

Stadtrat **Weiss** fügt hinzu, dass nicht zu viel Bürokratie eingeführt werden solle.

Stadtrat **Meyer** schlägt vor, dass vorerst über § 13 abgestimmt werde und danach § 1-12.

BM **Ilk** lässt über den weitergehenden Antrag von Stadtrat Kube abstimmen.

Während der Beratung wird durch Stadtrat **Kube** ein Änderungsantrag dahingehend, dass § 13 in den Wortlaut des Jugendgemeinderatsvorschlages zurückgesetzt werden solle, gestellt. Dieser

Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

BM **Ilk** formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag, wie oben kursiv eingefügt und lässt hierüber abstimmen.

Beschluss:

Der unbefristete Mietkostenzuschuss für der Verein Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg e. V. für die angemieteten Räume in der Hoferstraße 8 wird ab dem Januar 2018 von seither 9.600 Euro jährlich auf künftig 10.500 Euro/Jahr erhöht.

Verbunden mit dem unbefristeten Mietkostenzuschuss war der Auftrag, dass die Verwaltung dem Ausschuss im Turnus von 2 Jahren einen Arbeitsbericht des Arbeitslosenzentrums vorlegt.

Der Bericht vom 25. Oktober 2017 ist als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** ruft TOP 3 auf und gibt das Wort an Herrn **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement und Soziales) und Herrn **Zahner** (Vorsitzender Arbeitslosenzentrum) weiter. Anhand einer Präsentation wird über die Arbeit berichtet. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei.

Stadtrat **Weiss** wolle zu den zurückgegangenen Beratungen wissen, wie die Jahreszahlen liegen.

Hierzu führt Herr **Zahner** nochmal aus, dass dies auf das Arbeitszeitgesetzes zurückzuführen sei. Die Beraterin habe über die Arbeitszeiten hinaus beraten.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** stellt die Frage, ob das Arbeitslosenzentrum Bußgeldzuweisungen erhalte.

Herr **Zahner** verneint dies.

Stadträtin **Dr. Traub** spricht die Erfolgsquote an.

Eine Sicherung nach der Beratung gebe es nicht, somit können keine Erfolgszahlen genannt werden, so Herr **Zahner**.

BM **Ilk** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

- 1) Der **Ausschuss Bildung, Sport und Soziales** stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zur Änderung des bestehenden strategischen Ziels zu.
- 2) Der Ausschuss beschließt die Beantragung der Fördermittel aus dem Pakt für Integration zum 01.01.2018 und beauftragt die Verwaltung das Integrationsmanagement für die Geflüchteten in der kommunalen Anschlussunterbringung fortzuführen und für privat Untergebrachte mit AU-Status zu übernehmen, sofern sie nicht in den Zuständigkeitsbereich des Jobcenters und des Migrationszentrums fallen. Die Einnahmen aus dem Pakt für Integration in Höhe von ca. 183.000€/Jahr werden im Haushalt 2018 und 2019 veranschlagt.
- 3) Für die Betreuung der Geflüchteten gelten folgende Eckpunkte:
 - a. Das Betreuungsverhältnis in der Anschlussunterbringung beträgt 1:80. Es bildet die Grundlage für die Personalbemessung.
 - b. Für die Koordination des Teams der Sozialarbeiter/innen bzw. Integrationsmanager/innen werden zusätzliche 0,25 Stellen geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle

Beratungsverlauf:

Herr **Henning** und Frau **Dietz** (FB Bürgerschaftliches Engagement) erläutern die Vorlage anhand einer Präsentation. Diese liegt dieser Niederschrift bei. 2018 erwarte man nahezu 600 Zuweisungen. Jeder Fall sei einzigartig. Für dieses Jahr sei man personell gut gerüstet. 2018 habe man einen Personalmehrbedarf. Die Personalressourcen werden entsprechend der Entwicklung der Zuweisungen vollzogen. Weiter geht sie auf den Integrationspakt ein.

Stadtrat **Meyer** stellt den Schlüssel 1:80 in Frage, kann aber mitgehen, soweit noch mehr Informationen hierzu erfolgen. Zudem wolle er noch Klarheit bezüglich des Stellenplanes. Weiter wolle er wissen, warum das strategische Ziel geändert werden solle. Wünschenswert wäre für ihn ein Einwanderungsgesetz. Wie passt die Änderung zur Zukunftskonferenz.

Stadtrat **Kasdorf** merkt an, dass das Thema zur Stadtdiskussion mit den Anschlussunterkünften passe. Man brauche hier ein Betreuungskonzept. Das strategische Ziel sei sinnvoll, ebenso der Betreuungsschlüssel 1:80. Schwierig sehe er die Mitarbeitersuche. Der Vorlage werde zugestimmt.

Dank für die Vorlage und die Wertschätzung der freien Träger und Ehrenamtliche spricht Stadtrat **von Stackelberg** aus. Der Betreuungsschlüssel von 1:80 sei sinnvoll. Die Auswirkungen im Stellenplan interessieren ihn, ebenso wie andere Kommunen mit diesem Thema umgehen. Er wolle nochmal darauf hinweisen, dass auch im Hinblick auf Integration, der private Wohnraum einbezogen werden solle. Der Vorlage werde zugestimmt.

Das neue strategische Ziel finde Stadtrat **Weiss** interessant. Der Schlüssel 1:80 sei nachvollziehbar. Geschockt haben ihn die zu erwartenden Zahlen und Zuschüsse für das Jahr 2018. Werden die Personalstellen befristet? Trotz des Paktes für Integration müsse die Kommune noch erhebliche Kosten aufbringen. Ebenso steht die Frage des Nachzuges offen. Der Vorlage werde zugestimmt.

Stadtrat **Heer** spricht die immense Kostenbelastung für die Stadt an. Die Unterbringung in privaten Wohnraum sehe er skeptisch und sicher mit geringem Erfolg. Der Betreuungsschlüssel solle flexibel sein. Es solle lediglich als Richtwert gesehen werden. Der Vorlage werde er zustimmen.

Herr **Henning** geht auf die offenen Fragen ein. Das neue strategische Ziel solle beschlossen werden und in der Zukunftskonferenz bekanntgegeben. Man versuche im Umfeld der Unterkünfte Büroflächen zu finden. In den Cubes werde die Fläche dringend benötigt und solle nicht mit Bürofläche belegt werden. Die anderen Kommunen gehen mit diesem Thema unterschiedlich um. Die Stadt Ludwigsburg wolle die Betreuung selbst übernehmen. Beim Landkreis gebe es keine aufsuchende Arbeit. Anmietungen in privaten Wohnraum gestalten sich äußerst schwierig. Der Integrationspakt sei gut. Allerdings sehe er den festgesetzten Korridor als schwierig. Es werden lediglich 234 Personen hierüber gefördert. Der Pakt laufe lediglich über zwei Jahre. Viele Dinge, wie Datenerhebung, seien noch nicht geregelt. Man erhalte eine Refinanzierung des jetzigen Bestandes. Der Betreuungsschlüssel 1:80 werde flexibel gesehen.

Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) beantwortet die Fragen zum Personalhaushalt, hier seien die befristeten Stellen finanziert. Im Jahre 2018 gehe man von 6 zu schaffenden Stellen aus. Im Stellenplan seien bereits 3 Stellen vorgesehen, diese seien bereits in der Finanzierung berücksichtigt.

Stadtrat **Meyer** will wissen, ob zu den 600.000,--Euro noch zusätzlich 180.000,--Euro hinzukomme. Zudem wolle er wissen, ob die Stellen ganzjährig besetzt werden.

Herr **Nitzsche** fügt hinzu, dass das gesamte Personalvolumen bei 600.000,--Euro liege. Für die zusätzlichen 3 Stellen falle ein Betrag in Höhe von 180.000,--Euro an. Dies sei der Jahresbetrag. Man werde sukzessive, nach Bedarf reagieren. 100.000,--Euro sei realistisch.

Stadtrat **Weiss** will wissen, wie es langfristig weitergehe.

Die schnelle Integration sei das oberste Ziel, so Herr **Henning**. Es gebe noch offene Themen wie der Familiennachzug, freiwillige Rückkehr, Abschiebungen. Bei einer überschaubaren Anzahl von Flüchtlingen sei dies absehbar. Bei den geplanten 600 im kommenden Jahr sei dies schwer.

Stadtrat **Meyer** bittet darum, dass vor den nächsten Haushaltsberatungen die Erfahrungen vorgetragen werden.

BM **Ilk** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** ruft TOP 5 auf und begrüßt Herrn Dahler (FB Sport und Gesundheit) und Herrn Hilbert (Schulleiter).

Herr **Dahler** informiert über das Sportkonzept Bildungszentrum West und erläutert die Mitteilungsvorlage anhand einer Präsentation. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Es habe drei Gründe für diese Vorlage gegeben. Zum einen habe der Geschäftsführer des LSV darauf hingewiesen, dieses tolle Konzept in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Zudem sei die Vorlage zum nächsten TOP immer umfangreicher geworden. Um das Sportinternat ordentlich zu verstehen, brauche man die Information zum Gesamtkonzept. Außerdem sei die Osterholzgrundschule jetzt auch Partnerschule des Sports.

Herr **Hilbert** fügt hinzu, dass es in den letzten Jahren eine gewaltige Entwicklung gegeben habe. Die Zahlen bei den Sportbegabten seien voll. Tendenz steigend. Es werde mit 12 Verbänden zusammengearbeitet. Die Synergie und das Konzept seien einmalig. Dennoch gebe es Konkurrenz. Ludwigsburg sei Marktführer. Vom Kultusministerium werde man dementsprechend bei der Stellenvergabe berücksichtigt. Man habe eine individuelle Förderung der Athleten. Die Expertise des Olympiastützpunktes sei Voraussetzung für die Aufnahme. Die Qualität der Athleten habe sich deutlich gesteigert. Das Thema Sportinternat hänge ebenso damit zusammen und sei ein wesentlicher Faktor für die Eltern.

BM **Ilk** schlägt vor, die Aussprache zusammen mit dem nächsten TOP durchzuführen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** will noch weitere Information bezüglich der Nachführstunden.

Herr **Hilbert** informiert, dass der Olympiastützpunkt eine jährliche Bewertung erstelle. Es gebe ein begrenztes Kontingent an Stunden. Vom Kultusministerium werden die Stunden zugewiesen. Weiter geht er auf die Organisation dieser Stunden ein. Es gebe eine enge Kooperation.

BM **Ilk** leitet zum nächsten TOP über.

Beschluss:

1. Die Stadt Ludwigsburg stellt die Förderung des Vollzeitinternats rückwirkend ab dem 01.01.2017 um und übernimmt die Kosten der jährlichen Warmmiete über einen Zuschuss von jährlich etwa 75.000 Euro.
2. Die Förderung ab 2019 wird unter der Voraussetzung gewährt, dass die Sportinternat Ludwigsburg gGmbH es bis spätestens Ende 2018 erreicht, über z.B. Fördermittel aus dem organisierten Sport und durch Sponsorengelder ausreichend Drittmittel für einen ausgeglichenen Haushalt des Vollzeitinternats zu akquirieren.

Beschlussempfehlung:

3. Die Stadt Ludwigsburg tritt aus der Sportinternat Ludwigsburg gGmbH als Gesellschafter aus und überträgt unentgeltlich den Gesellschafteranteil in Höhe von 2.500 € an den Stadtverband für Sport Ludwigsburg e.V.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung zu Ziffer 3 geht als Empfehlung an den Gemeinderat. Hierzu wird eine separate Vorlage erstellt.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** begrüßt Frau Fuchs (pädagogische Leitung Sportinternat) und Herrn Ellwanger (Geschäftsführer).

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) geht auf die Beschlussvorlage ein. Er stehe hinter dem Sportkonzept. Die Finanzierung sei schwierig. Es gebe viele Synergieeffekte. Es haben viele Gespräche mit den Landesverbänden stattgefunden. Es seien positive Signale, aber noch keine

Beschlüsse erfolgt. Für die Verbände sei es ein wichtiges Signal. Die zeitliche Abgrenzung sei ebenso berücksichtigt. Ebenso spricht er die Gesellschafterrolle der Stadt an.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Traub** sei stolz auf das Bildungszentrum West. Sie sei dafür, dass dieses Konzept auf alle Schulen zu übertragen sei. Die Sportförderung kombiniert mit der schulischen Förderung sei wichtig. Die Zusammenlegung des Internats begrüße sie. Sie könne mit der Vorlage mitgehen, aber unter dem Vorbehalt, dass nach weiteren Fördermittel und Sponsoren gesucht werde.

Schade, dass eine gute Einrichtung sich finanziell nicht tragen kann, findet Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Sie sehe darin nicht nur eine Eliteförderung, sondern auch eine Berufs- und Persönlichkeitsförderung. Sie schlägt vor, dass eine Kooperation mit Bietigheim angedacht werden solle. Sie empfinde es als bedauerlich, dass die Zuschüsse der Verbände nicht ausreichend seien. Dennoch müsse man jetzt ein Signal setzen.

Stadtrat **von Stackelberg** geht nochmal auf die Vorlage 441/17 ein. Man habe drei sportbegeisterte Direktoren und dies sei zu unterstützen. Zur Vorlage 305/17 begrüße er den Zusammenschluss der Internate. Kritisch müsse er die Belegungszahl anmerken. Er erwarte, dass bei den Verhandlungen mit den Verbänden und beteiligten Vereinen finanziell etwas erreicht werde. Er erwarte klare Signale. Die Gebühren seien für die Familien hoch. Die Gebührenschaube müsse nach unten korrigiert werden und im Gegenzug die Finanzierung gesichert sein. Er wünsche sich mehr konkrete Angaben. Er halte es wichtig, den Leistungssport zu unterstützen, dennoch müsse eine kommunale Aufgabe dahinterstehen. Er wolle künftig rechtzeitig die Warnsignale angezeigt bekommen. Er werde heute zustimmen, allerdings nicht mit Überzeugung. Sofern die Verbände nicht mitziehen, müssen Konsequenzen gezogen werden.

Man müsse unterscheiden zwischen dem Sportkonzept und dem Sportinternat, so Stadtrat **Weiss**. Auf das Sportkonzept könne man stolz sein. Man entwickle sich zu einer guten Sportstadt. Er dankt den Mitarbeiterinnen der Internate. In der Vergangenheit habe es einen Letter of Intent mit den beteiligten Vereinen gegeben. Soweit keine Änderungen eintreten, könne dies nicht weiter finanziert werden. Er könne heute zustimmen, mit der Vorgabe einer Änderung. Man müsse den Mut haben, auch ohne VZI weiterzuarbeiten. Normalerweise erfolge eine Finanzierung über die Vereine und Verbände.

Stadtrat **Heer** merkt an, dass das Bildungszentrum West weit über die Stadtgrenze hinaus wirke. Dies gehöre zu Marke Ludwigsburg. Die Verbände und Vereine sollen sich finanziell beteiligen. Weiter wolle er wissen, ob die im Internat untergebrachten UMAs dies lediglich als Unterkunft nutzen. Es gebe viele Landesstützpunkte mit entsprechenden Schulen. Der Vorlage werde zugestimmt.

BM **Ilk** teilt mit, dass Ziffer 3 im Gemeinderat beschlossen werden müsse. Hierzu wird eine separate Vorlage erstellt. Die Beschlussfassung zu Ziffer 3 geht als Empfehlung an den Gemeinderat. Im Anschluss lässt er über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Verlängerung des Schulversuchs G9 am Mörike-Gymnasium um weitere fünf Jahre ab dem Schuljahr 2020/2021 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt den Antrag auf Verlängerung beim Kultusministerium zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
 Stadträtin Seyfang
 Stadträtin Dr. Traub
 Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht ist, lässt BM **IIk** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Vereinbarung zwischen dem Deutschen Kinderschutzbund, Orts- und Kreisverband Ludwigsburg e.V. und der Stadt Ludwigsburg über die Durchführung von Familienbesuchen wird um weitere drei Jahre bis zum 31.12.2020 verlängert.
Zudem werden für eine erneute Auflage der Broschüre „Hallo Baby“ im Laufe des Jahres 2020 5.000 € im Haushaltsjahr 2020 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
 Stadträtin Seyfang
 Stadträtin Dr. Traub
 Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht ist, lässt BM **IIIk** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Zuschuss zu den laufenden Sachkosten je Kind wird von 45 €/Monat auf 50 €/Monat rückwirkend zum 01.01.2017 angehoben. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Sachkostenpauschale künftig alle zwei Jahre entsprechend der Steigerung des Verbraucherpreisindex anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
 Stadträtin Seyfang
 Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht ist, lässt BM **IIIk** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die städtische Förderung des Kindertagheim Charlottenkrippe, Wilhelmstraße 44-48, wird für das Rechnungsjahr 2016 auf 2.234.215,52 € festgesetzt.
Die Abschlagszahlungen für das Rechnungsjahr 2018 werden lt. Wirtschaftsplan der Charlottenkrippe in einer Höhe von 2.705.100 € ausbezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht ist, lässt BM **IIIk** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) informiert und erläutert die Mitteilungsvorlage. Der Besuch des Circus habe ohne vorherige Anmeldung beim Grundstückseigentümer, sowie der Stadt stattgefunden. Zum Wohle der Tiere habe sich der Grundstückseigentümer bereiterklärt die Nutzung zu dulden. Der Aufenthalt sei widerrechtlich gewesen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** will wissen, inwieweit der Pächter mit Maßnahmen zu rechnen habe. Dieser habe die Erlaubnis gegeben.

Hierzu teilt Herr **Mayer** mit, dass der Pächter zu einer Unterverpachtung nicht befähigt gewesen sei. Der Eigentümer müsse dies mit seinem Pächter privatrechtlich regeln.

Stadträtin **Faulhaber** merkt an, dass dieses Ereignis für die Stadt wenig erfreulich gewesen sei. Sie wolle darauf hinweisen, dass keine geeignete Fläche zur Verfügung stehe. Zirkus gehöre zur Kultur. Die Verwaltung solle agieren, indem man konkret Flächenoptionen untersucht. Zum Umgang mit Wildtieren könne sie keine klare Position geben. Sie bemängelt den Umgang mit dem Zirkus.

Stadtrat **Kasdorf** erinnert, dass der Circus Roncalli im kommenden Jahr sein Gastspiel in der Stadt habe und dies legal beantragt habe. Zudem wolle er wissen, mit welcher Besucherzahl der Circus Althoff gerechnet habe oder ob dies lediglich als Winterquartier genutzt worden sei.

In der Gesellschaft gebe es unterschiedliche Meinungen zum Zirkus, so Stadträtin **Moersch**. Sie sei der Meinung, dass der Trend zu einem Zirkus ohne Wildtiere gehe. Ein Zirkus in der Stadt bringe Atmosphäre. Sie bemängelt, dass es in der Stadt hierfür kein Festplatz gebe.

Stadtrat **Meyer** gibt bekannt, dass er zu Wildtieren im Zirkus eine klare Meinung vertrete. Soweit dies mit dem Tierschutz vertretbar sei, gehören Wildtieren zum Zirkus, ansonsten verstehe er darunter das Variete. Ein Festplatz werde seit Jahren gefordert und müsse künftig im Flächenmanagement berücksichtigt werden.

Die Verknüpfung von Tierschutz mit dem Zirkus stoße bei ihm auf Unverständnis, so Stadtrat **Heer**. Für Wanderzirkusse sei ein Festplatz oder Parkplatz notwendig.

Stadtrat **Kube** merkt an, dass es nicht darum gehe, dass man in der Stadt keinen Zirkus wolle. Es gehe konkret um diesen Fall und um die Haltung zu Wildtieren im Zirkus. Hier gebe es durchaus unterschiedliche Meinungen. Er sei für einen wildtierfreien Zirkus. Circus Althoff habe sich in der Diskussion selbst disqualifiziert.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** plädiert erneut, dass Wildtiere nicht in den Zirkus gehören. Der faire Umgang im vorliegenden Fall habe sie als gut empfunden.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass ein fairer Umgang stattgefunden habe. Es sei eine Vielzahl von unglücklichen Umständen zusammengekommen. Die Standortsuche werde nochmals aufgenommen. Hierzu gebe es noch einen offenen Antrag. BM Ilk stellt fest, dass die Kenntnisnahme erfolgt sei.

Die Anfrage von Stadträtin **Burkhardt** ist mit dieser Vorlage als erledigt zu sehen.

TOP 11.1

**Vermietung eines Grundstücks im
Landschaftsschutzgebiet Marienwahl
- Anfrage von Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom
07.11.2017**

Vorl.Nr. 466/17

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 11

Die Anfrage ist durch die Mitteilungsvorlage als erledigt anzusehen.

TOP 12

**Reit- und Fahrverein Ludwigsburg-Monrepos e.V. -
Baukostenzuschuss für die Erstellung von sechs
Paddocks**

Vorl.Nr. 207/17

Beschluss:

Der Reit- und Fahrverein Ludwigsburg-Monrepos e.V. erhält für die Erstellung von sechs Paddocks bei anrechenbaren Kosten in Höhe von gerundet 19.400 € einen Zuschuss in Höhe von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 9.700 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
Stadtrat Heer

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht ist, lässt BM **Ilk** über die Vorlage abstimmen.